

fachsen zählt 70 000 organisierte Mitglieder. Das Gesetz über Volksbegehren ist für sich selbst vor, daß die Vereinigung, die einen Antrag stellt, 20 000 Mitglieder haben muß. Eine Ablehnung des eingereichten Volksbegehrens durch das Gesamtministerium bedeutet also nicht nur eine Debatte des Kabinetts, sondern auch eine parteiliche Debatte des geltenden Rechts. Das kommt, daß dem Beschluß des Kabinetts, dem Volksbegehren stattzugeben, grundsätzliche Rechtswirkung beikommt. Ein neues Kabinett darf diesen Beschluß nicht umstoßen. Es war lediglich verpflichtet, die näheren Ausführungsbestimmungen für das bereits zugelassene Volksbegehren zu erlassen.

Zu sehen aus den angeführten Gründen heraus den Beschluß des Gesamtministeriums an und vorange, daß das rechtmäßig zugelassene Volksbegehren ordnungsgemäß in den gesetzlich vorgezeichneten Fristen seinen Fortgang nimmt.

Vorjünglich habe ich, da ich nach dem Entscheid über das eingereichte Volksbegehren Zweifel an der Objektivität des Gesamtministeriums nicht unterdrücken konnte, 1700 Unterschriften von Personen beigefügt, die ein Volksbegehren unterzeichnet haben. Ich habe lediglich den Unterzeichnerverband Groß-Dresden zur Unterstützung herangezogen. Das Gesamtministerium wolle auch hieraus erkennen, daß der im Namen des Landesparlamentarismus eingereichte Antrag auf Volksbegehren die entsprechende Unterstützung hat.

Der Landesparlamentarismus der V. S. P. D.
geb.: Arur Arg.

Reichsparteitag am 30. März in Berlin

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Parteiausschuß befaßte sich am Dienstag mit organisatorischen Fragen und den Vorbereitungen zum Parteitag. Einstimmig wurde beschlossen, an dem vom Parteivorstand in Vordrag gebrachten Termin für den Beginn des Parteitages, dem 30. März, festzuhalten und Berlin, Landtagsgebäude, als Tagungsort festzusetzen. Der am 30. März abends stattfindende Eröffnung des Partitages, die durch den Genossen Crispian erfolgt, geht vormittags eine Frauenkonferenz voraus. Den Bericht des Parteivorstandes erstattet Genosse Wels. Als Berichtserstatter für die Fraktion ist der Parteiausschuß der Genossen Hermann Müller vor. Außerdem wird der Parteitag ein Referat über „Sozialdemokratie und Wahlen“ entgegennehmen, das voraussichtlich vom Genossen Hilferding gehalten wird. Ueber „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ dürfte wahrscheinlich der Genosse Lipshütz sprechen.

Nieder mit dem Ausnahmezustand!

Einstimmig nahm der Parteiausschuß außerdem folgende Entschlieung an:

„Der Parteiausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß zur Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes kein Grund besteht und daß die zahllosen Übergriffe der militärischen Vorgesetzten geeignet sind, das öffentliche Leben zu beeinträchtigen und die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die politische und soziale Reaktion zu lähmen.“

Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bedeutet unter solchen Umständen einen Verstoß gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung. Der Parteiausschuß gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß der militärische Ausnahmezustand nun endlich ohne Verzug beseitigt wird.“

Der feilische Defekt

In der Angelegenheit des Nordpianes gegen den General v. Seede ist die deutschpöpstliche Presse, nach wie vor, aufs eifrigste bemüht, die durch die bisher gewonnenen Ergebnisse der Untersuchung schwer belasteten Akteure zu verungulucken und die Spuren des verbrecherischen Planes zu verwischen. Geradezu grotesk muten die Versuche der dem Alldutschen Verband nachfolgenden Feindzeitung an, die angeblichen „systematischen Falschmeldungen zum Seede-Artikel“ der Linkspresse anzuprangern, durch die nach ihrer ideinhaltigen Beurteilung eine geordnete Rechtspflege unmöglich werde. Aus ihren langatmigen Ausführungen zur Widerlegung dieser „systematischen Falschmeldungen“ geht jedoch immerhin hervor, daß der Justizrat Eich in April des vorigen Jahres den verhafteten Dr. Grandel als Vertreter bayerischer baltischer Akteure kennengelernt hat und seitdem in Führung mit ihm geblieben ist. In mehreren bei Herrn Eich beschlagnahmten Briefen ist auch der Name des Generals v. Seede erwähnt, und zwar, wie die Deutsche Zeitung sich vorzüglich ausdrückt, „bei gelegentlicher freier Beurteilung der Qualitäten des Generals“. Zugegeben wird von dem Blatte ferner, daß Dr. Grandel von Justizrat Eich „erhebliche Beiträge“ erhalten habe, und zwar angeblich „zur Abwehr separatistischer Bestrebungen im baltischen Gebiet“.

Im übrigen verliert das Blatt jetzt das widerprüchliche Verhalten des Dr. Grandel vor dem Untersuchungsrichter mit einem körperlichen, seelischen und geistigen Zusammenbruch des Verhafteten zu erklären. Diese Methode ist ebenso wenig neu wie glaubwürdig. Wenn wirklich Dr. Grandel, wie der langjährige Professor seiner Alma mater dem Gericht bekanntgegeben haben soll, schon seit Jahren an einem „schweren physischen Defekt“ gelitten hat, so dürfte ihm wohl kaum der Vorposten des Alldutschen Verbandes für wichtige politische Missionen verwendet haben. Näher liegt immerhin die Annahme, daß Herr Dr. Grandel sein ursprüngliches Geständnis aus Furcht, in seinen Enthaltungen zu weit gegangen zu sein, widerrufen hat, und der „schwere physische Defekt“ erscheint lediglich als der beliebige Vorwand zur Rechtfertigung dieses widerprüchlichen Verhaltens. Tinkt man ferner an die bestimmte Behauptung des Herrn v. Grae, daß ganz andere Akteure als die deutschpöpstliche Freiheitspartei durch die Untersuchung „ungeheuer entlarvt“ sein werden, so kann man sich auf sehr erbauliche Prozeßergebnisse gefest machen.

England und Rußland

London, 29. Januar. (Eig. Draht.) In der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch das neue englische Kabinett ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Dagegen deutet in den Kreisen Macdonald nachstehenden Kreisen, daß die Regierung beabsichtigt eine aus hohen Beamten des Außenministeriums, des Schatzamtes und des Wirtschaftministeriums zusammengesetzte Kommission nach Moskau zu entsenden, um deren Spitze der als eventuelle Botschafter in Moskau in Aussicht genommene James O'Grady stehen wird. Der diplomatische Reaktor des Daily Chronicle will wissen, daß die endgültige Anerkennung der Sowjetregierung durch England abhänig sei 1. von der Haltung Moskaus in bezug auf die unter dem früheren Regime abgeschlossenen englisch-russischen Verträge, 2. von der Regelung der bolschewistischen Grenzverhältnisse, 3. von der Beilegung des Konflikts mit Rumänien gegen Beharabien und 4. von der Haltung der russischen Regierung hinsichtlich der Anerkennung der russischen Schuld und des liquidierten Privatigentums. In London schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen dem diplomatischen Vertreter Litauens und der englischen Regierung über die Garantie einer Anleihe von 5 Millionen Dollar für Litauen in Moskau. Die litauische Regierung beabsichtigt, mit diesem Gelde vor allem ihre Verkehrsnetze auszubauen.

Lotomotivführerstreik beendet. Dockarbeiterstreik in Sicht.

London, 29. Jan. (Eig. Draht.) Der Lotomotivführerstreik ist durch Verhandlungen beigelegt und der Verkehr wieder aufgenommen. Nun aber scheint der Dockarbeiterstreik Lausade zu werden. Die Dockarbeiter haben am Dienstag beschlossen, am 16. Februar in den Ausstand zu treten, falls bis dahin kein befriedigendes Abkommen mit den Arbeitgeberern erzielt worden sein sollte. Im vorigen Sommer streikte schon ein Teil der englischen Dockarbeiter gegen den Willen ihrer Gewerkschaft und ihrer Führer, unter denen sich der jetzige englische Transportminister befindet. Der Vermittlungsausschuß der Gewerkschaftszentrale, der sich gebildet hatte, um eine Einigung in dem inzwischen beigelegten Eisenbahnerstreik herbeizuführen, wird nunmehr weiter in Vermanens sagen. Er will versuchen, den drohenden Dockarbeiterstreik abzuwehren.

Fransösischer Reparations-Standal

Paris, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Fortsetzung der Debatte über die Finanzangelegenheiten der Regierung hat am Dienstag eine interessante Wendung genommen. Der Abgeordnete Derris brachte die gewaltigen Unterstellungen in den letzten Jahren zur Sprache und erklärte, daß man dem Lande unmöglich die Kosten neuer Steuern auferlegen könne, während man den Kriegsschuldnern in den besetzten Gebieten gestatte, den Staat um ungezählte Milliarden zu betrügen. — Die Nachmittagsung vom Dienstag gab dem sozialistischen Abgeordneten Angheles, der als erster den Riensstand in den besetzten Gebieten aufgedeckt hat, Gelegenheit, sein erdrückendes Material vor der Kammer zu entwickeln und nachzuweisen, daß in der Tat das Defizit im Budget mehr als gedeckt werden könnte, wenn die Regierung die Rückforderung der betrügerisch erhobenen Entschädigungen mit Energie betreiben würde.

Der sozialistische Ankläger schätzte den Betrag, auf dessen Rückzahlung allein der Staat Anspruch habe, auf drei Milliarden Franken. Der Wiederbauminister Ribbel behauptete, die Rückprüfung sei bereits im Gange. Alle, die den Staat geschädigt haben, würden strafrechtlich verfolgt werden. — Daß die Regierung den ganzen Standal aufdecken werde, glaubt man in Frankreich freilich nicht. Die Kammer will morgen die Beiprechung weiterführen.

Leningrad

Der Rufus, den die regierungsübten Volkswirtschaftler mit Lenin treiben, ist geradezu beispiellos. Nach kein Bar, noch kein König oder Kaiser hat sich eine solche Verherrlichung gefallen lassen müssen wie der tote Lenin. Daß dieser Pomp aus machtpolitischen Gründen geschieht, ist klar. Die Spalten, ja seitenslangen Telegramme wiederzugeben, die Leningrad, Lorkoner und andre ausländische Blätter über die un-

geheneren Veranstaltungen bringen, ist nicht möglich, muß auch abgelehnt werden. Einen Kosthappen von dem gigantischen Beninkult gibt folgendes Telegramm:

Moskau, 29. Januar. (Eig. Bericht.) Der Kongress der Sowjetunion trat am Tage nach der Ueberführung der Leiche Lenins in das besonders zu diesem Zweck erbaute Mausoleum wieder zusammen. Die Kongresssitzung war ausschließlich mit Reden über den Werdegang Lenins, seine Fähigkeiten und Leistungen ausgefüllt. Bekannte kommunistische Parteiführer hielten längere Reden über Lenin als Wissenschaftler und Denker. Nach Abschluß dieser Feierlichkeit wurden folgende fünf Bestimmungen angenommen:

1. Damit allen, die nicht zur rechten Zeit nach Moskau kommen konnten, die Möglichkeit gegeben wird, am Begräbnis teilzunehmen und von ihrem geliebten Freund Abschied zu nehmen, soll der gläserne Sarkophag mit der einbalsamierten Leiche Lenins in der Brust aufbewahrt werden, und zwar so, daß sie für Besucher frei ist. 2. In Millionen Exemplaren Werke Lenins in verschiedenen Sprachen und alsbald eine Gesamtausgabe der Werke Lenins in streng wissenschaftlichem Sinne in einer dem Volke erschwinglichen Preislage drucken zu lassen. 3. Beim Zentralerexekutivkomitee der Union der Sowjetunion einen Fonds auf den Namen Lenin zu gründen zwecks Organisierung der Hilfe für obdachlose Kinder, besonders für die Opfer des Bürgerkrieges und des Hungers. 4. Die Stadt Petrograd, deren Proletariat im Oktober 1917 unter der Leitung Lenins den revolutionären Kampf geführt und während der Jahre der Hungerkatastrophe den Lebenspunkt des Proletariats gerettet hat, Leningrad zu nennen. 5. Denkmäler für Lenin im Namen der Union in der Hauptstadt der Union, Moskau, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, Charkow, Tiflis, Rinsk und in Leningrad zu errichten.

Drohende Regierungstrife in Preußen

Berlin, 29. Januar. (Eig. Bericht.) Schier unübersehbarbare Gegenstände sind im Landtage wegen der Grundsteuer aufgetaucht. Im Hauptausschuß wurde auch am Dienstag noch keine Einigung erzielt. Die erforderliche Mehrheit für das Gesetz unter den Koalitionsparteien zu finden — die Deutschnationalen sind selbstverständlich schärfste Gegner dieser Steuer — scheiterte bisher an der Haltung des agrarischen Flüjels des Zentrums, der es mit der Angst vor seinen bäuerlichen Wählern bekommen hat. Die Regierung trat deshalb im Laufe des Dienstagmittags im Landtagsgebäude zu einer Kabinettsitzung zusammen, um noch einmal die Grundsteuer zu beraten. Ein besonderer Beschluß wurde nicht gefaßt. Voraussichtlich glaubt man in parlamentarischen Kreisen noch an eine Vermeidung der drohenden Regierungstrife in Preußen.

Politische Reichswehr = Generale

Die „unpolitischen“ Generale der Reichswehr, die zu Inhabern der öffentlichen Gewalt bestimmt worden sind, erregen das Interesse der Öffentlichkeit mehr, als der Reichswehr und der Republik angenehm und nützlich sein kann. Neuerdings hat der General v. Lohberg, der in Münster (Westfalen) residiert, die Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins besucht und dort eine Ansprache gehalten, die fast an wilhelminische Zeiten erinnert.

Wir folgen dem Bericht des Westfälischen Merkurs, eines bekannten Zentrumsblattes, das die Ansprache Lohbergs ausführlich wiedergibt. Ist es noch verständlich, daß der General sich vor den Bauern selbst als praktischen Landwirt bezeichnet, der seit 20 Jahren die Verantwortung für einen großen Familienbesitz trägt, und daß er schon aus diesem Grunde den Landwirten über ihr Pflichtgefühl und dergleichen schöne Dinge aßerhand Liebenswürdigkeiten sagt, so wird die Sache doch wesentlich anders, wenn er versichert, daß er als Inhaber der volksherrschenden Gewalt sich veranlaßt gesehen habe, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß es so mit den Zumutungen, die dem Landwirt auferlegt werden, nicht weitergeht, und daß er deshalb „in allem Ernst darauf hingewiesen habe, daß die Landwirtschaft die Grundlage des Staates ist und daß man die Grundlage nicht zerstören darf“.

Dann versichert er den Landwirten, daß er, solange er das Amt als Inhaber der volksherrschenden Gewalt habe, dafür garantieren könnte, Augencheinlich faßt er diese Aufgabe so auf, daß die Landwirte keine Steuern mehr zu zahlen brauchen, denn er versichert ihnen:

Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, daß die Einsicht in die leitenden Kreise einzieht, daß dies aber nur möglich ist, wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird. Ich habe deshalb auch mit allem Ernst in einem Antrage nach Berlin darauf hingewiesen, daß es ein Unbild ist, den im Jahre 1918 festgesetzten Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten. Von diesem Wehrbeitrag hängt ab die Vermögenssteuer, die Mehen- und Kultursteuern u. a. Andre Wege dieser Richtung müssen betreten werden.

Es ist kein Wunder, wenn solche Reden bei den Herren Landwirten für eine Mischung von Weisheit, besonders, da sie von einem Manne ausgesprochen werden, der sich selbst als ihresgleichen bezeichnen!

Zum Schluß kam eine Kriegstrebe ganz im Stil des Mannes, der jetzt Schlossherr von Doorn ist:

Ich scheue mich nicht, das hier ganz offen auszusprechen: Einmal kommt die Zeit, wo wir abrechnen müssen mit denen, die uns jetzt drangsaliieren. (Zweifellos: sich wiederholender Weisheit.) Ich bin kein Pazifist. (Wieder!) Wenn ich als General Pazifist wäre gehörte ich an den Laternenpfahl. Ich bin ein absoluter Mann, der dafür eintritt, daß wir den Leuten, die uns jetzt drangsaliieren, die Zähne zeigen, selbst wenn es einen Verzeihungs-Kampfgeld geben sollte; auch vor dem diefen wir uns nicht scheuen.

Wesentlich ist es dem „unpolitischen“ General gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er mit einer solchen Rede in dem Augenblick, da sich durch die Pariser Verhandlungen immerhin die Möglichkeit einer finanziellen Regelung der Reparationsfragen ergibt, mit militäristischen Pflichten in alle diplomatischen Fenster geschoben eintritt. Wir können natürlich nicht voraussetzen, daß ein solcher Scherbenhaufen in seine Absicht gelegen habe. Aber nehmen wir an, daß er nur in seiner ganz unpolitischen Reichswehrgesinnung derartige Reden zum Fenster hinausdrückt, die an das bekannte wilhelminische Wort vom „trodenen Pulver“ und vom „geschlossenen Schwert“ erinnern, so sollte sein politischer Vorgesetzter, der Reichswehrminister, ihm begreiflich machen, daß es nicht die Aufgabe der Inhaber der volksherrschenden Gewalt ist, den politischen Maßnahmen der Reichsregierung durch solche Reden Schwierigkeiten zu bereiten.

Das für Lohberg gilt, gilt auch für andre Generale. Da ist z. B. der Kommandeur des Wehrkreises 2 in Stettin, der General v. Tschischwitz, der sich nicht allein durch

das Verbot der nordschleswigschen Dänenblätter bemerkbar gemacht hat, sondern neuerdings auch dadurch, daß er den Aushang des republikanischen Wählblattes „Lachen links“ wegen des Lubendorff-Bildes verbieten ließ. Diesem General wurde auch ein Flugblatt zur Genehmigung vorgelegt, das die Sozialdemokratische Partei in Schleswig-Holstein verbreiten lassen wollte, und das, wie es sich von selbst versteht, in durchaus sachlicher Form die Tätigkeiten der Partei erläutern und für sie werben wollte. Das Verbot erfolgt, wie gesagt, in Stettin und für Schleswig-Holstein! Eine Beschwerde an den Reichswehrminister vom 19. Januar ist bisher unbeantwortet geblieben! An den öffentlichen Anschlagsfäulen der Stadt Weimar prangt dagegen seit einigen Tagen ein deutsch-bolschewistisch-nationalsozialistisches Wahlplakat folgenden Inhalts:

Was die Internationale!
Nie wieder Krieg! Nieder mit dem Militarismus!
Proletariat, vereinigt euch! Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit!
Wichtiges Maß für alle, alle für alle!
So rufen eure Führer.

(Bild) Kurt Eisner, Rosmanowitsch, Rosa Luxemburg
Gastlicher Jude, Arbeiterführer, Kassejüdin, Spartakusführer,
Panzerscher Ministerpräsident.

(Bild) Nabel, Sobelsohn, Preuß, Bankier Warburg
Sowjetjude, Eisenbahndieb, Jude, Verfaller, Jude, Pazifist, Kriegs-
Wiliard, der Weimarer, der Verfaller, finanzieller, Freund
Arbeiterführer, Verfallung, Walter Rathenau und
Dr. Sunos.

(Bild) Parvus-Pelephant
Jude, Wiliard, Arbeiterführer.

Eure Revolution im Jahre 1918 wurde infolge der Zugänglichkeit eurer Führer gegenüber dem Verbrechergestirb der Weltbörsen als eine Lohnbewegung gestempelt. Der Kommunismus hat sich als Betrug entlarvt. Die Führer der roten Internationale sind heilige Verbündete und Beschützer der Walden Internationalen. Ohne daß die Hand des Genossen Scheidemann verhorrt, war das Diktat von Versailles unterzeichnet. Unter den Augen eurer Volksbeauftragten konnte Rathenau (Jude) mit dem fremde Auswanderungsverträge abschließen. Der Rüstkrieg wurde eine Komödie der Großindustrie (Stinnes, Strauß, Wolf). Man gab euch viel Geld (Papier). Hunger, Rohstoffmangel verurteilt durch Schiebergestalt.

Auf, zur Besinnung! Derunter mit dem Juden-Sowjetstern! Hoch das Deutsche Kaiserreich! Verrat begeht, wer am Wahltage die Listen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationalen wählt. Sie alle stehen unter der Führung M-Judas. Wir fordern ein freies Groß-Deutschland. . . . Schließung der Wägen, Verbot der unehrlichen und Judenpreise. Verabschieden der Juden aus den Staatsstellen usw. Injere Parole ist Freiheit und Wohl! Es lebe der bolschewistisch-nationalistische Staat! Es lebe Adolf Hitler!

Nieder mit der Monarchie unter Gnaden M-Judas und des zämischen Papstes!

Unterschrift: Otto Mah, Propagandaleiter, Rab Sulza/Thüringen.

Geschmigt: (Stempel) Reichswehrgruppe II, Abteilung 10.

Die Genehmigung dieses angenehmen Wahlplakats ist im Auftrag des bekannten Generals v. Haffe erfolgt, der für Thüringen es nebenbei auch noch den Reichskommissar spielen möchte. Ueber das Plakat selbst und infolge dessen auch über die Notwendigkeit seiner Genehmigung sagen wir aus begreiflichen Gründen kein Wort.

Lohberg, Tschischwitz, Haffe — das sind also die Namen der Männer, die heute im Inland und Ausland genannt werden als die tatsächlichen Repräsentanten der Deutschen Republik; denn sie sind ja die Inhaber der volksherrschenden Gewalt. Was sonst noch an republikanischen Ministern nach außen hin verhandelt, das ist schließlich nichts anderes mehr als bloße Dekoration. Die Verfügungen, Genehmigungen, Verbote und schließlich auch die Reden der unpolitischen Generale müssen aber schließlich auch dem Willkürlichen klarmachen, daß es höchste Zeit ist, endlich und endgültig dem militäristischen Ausnahmezustand ein Ende zu bereiten. Wie lange sollen wir noch warten? Und was soll inzwischen noch geschehen?